

Entwurf eines einfachen und gerechten Einkommensteuergesetzes

der Kommission "Steuergesetzbuch"

Die Zusage der Steuervereinfachung wurde auch von der Großen Koalition nicht eingehalten. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vom 11.11.2005 war noch eine Reform der Einkommensteuer mit Priorität Steuervereinfachung vereinbart worden. Aber auch dieses Versprechen blieb unerfüllt.

Die Kommission "Steuergesetzbuch" unter dem Dach der Stiftung Marktwirtschaft hat nun eine Blaupause für ein neues und einfaches Einkommensteuerrecht vorgelegt, in dem es auf seinen gesunden Kern prinzipiengerechter Besteuerung zurückgeführt wird.

- Die Regelungsmasse des derzeit geltenden Einkommensteuergesetzes wird um mehr als achtzig Prozent reduziert.
- Die über 60 Ausnahmen im bisherigen Recht (v.a. § 3 EStG, z.B. Abgeordnetenpauschale) entfallen nahezu ausnahmslos.
- Subjektives Nettoprinzip: Der existenznotwendige Lebensunterhalt bleibt steuerfrei, Unterhaltsverpflichtungen werden realitätsgerecht berücksichtigt (Familien-Nettoprinzip; Familienrealsplitting).
- Vereinfachung der Abgeltungsteuer: Eine wirklich einfache
 Abgeltungsteuer ohne Veranlagung bringt dem Staat nachhaltig mehr
 Steuern, weil sie im internationalen Vergleich attraktiver ist.
- Inflationsneutralität der privaten Altersvorsorge. Die Scheingewinnbesteuerung entfällt: Die (geplante) jährlich abgeltende Besteuerung bei thesaurierenden Fonds (Zuflussfiktion) wird für die zertifizierte Altersvorsorge abgeschafft. Eine abgeltende Besteuerung greift erst bei tatsächlichem Zufluss (konsequentes Zuflussprinzip).



- Vereinfachtes Steuerverfahren: Der Steuererklärungsentwurf kommt mit allen Angaben vom Finanzamt. Der Steuerpflichtige setzt nur noch ein, was aus seiner Sicht zu ändern ist, die Freigabe kann per Mausklick erfolgen.
- Konsequente Umsetzung der nachgelagerten Besteuerung von Leistungen für die Zukunftssicherung auf Basis der lebenslangen Steuernummer.

Kommission "Steuergesetzbuch"

Die Kommission "Steuergesetzbuch" unter dem Dach der Stiftung Marktwirtschaft engagiert sich für ein wettbewerbsfähiges, transparentes und gerechtes Steuersystem, das greifende Anreize zu Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft setzt und für Vertrauen und Rechtssicherheit als Grundlage von Investitionen und Konsum sorgt.

2005 hat die Kommission "Steuergesetzbuch" ihre Vorschläge für eine Unternehmensteuerreform und für eine Neuordnung der Kommunalfinanzen vorgestellt, und 2006 wurde das "Steuerpolitische Programm" (verfügbar unter www.stiftung-marktwirtschaft.de) veröffentlicht. Nach der Präsentation eines international kompatiblen Gewinnermittlungsgesetzes im Jahr 2007 liegt nun der Entwurf eines vollständigen Einkommensteuer- und Verfahrensrechtes mit Begründungen vor.